

Umweltpolitische Themen im Mittelpunkt

DGB-Ortsverband Liebenau-Stolzenau-Uchte hatte Bundestagskandidaten zur Podiumsdiskussion eingeladen

von MANON GARMS

ESTORF. Für eine vom Deutschen Gewerkschaftsbund - genauer gesagt dem DGB-Ortsverband Liebenau-Stolzenau-Uchte - organisierte Podiumsdiskussion mit Bundestagskandidaten waren die thematisierten Inhalte eher untypisch. Es ging nicht etwa um Arbeitnehmerrechte, Tarife und eine gerechte Sozialpolitik. Im Mittelpunkt standen umweltpolitische Themen.

Das aber war offensichtlich durchaus gewollt, denn Moderator Thomas Domke vom DGB-Bezirk Niedersachsen überließ es in erster Linie den Gästen - es waren nur etwa 20 - Fragen zu stellen. Was die Bürger interessierte, war das Zwischenlager für schwach radioaktive Abfälle in Leese. Martina Broschei (Piraten) kritisierte, dass niemand wisse, wie hoch die Strahlenbelastung sei: „Es fehlt die Transparenz, obwohl sie zugesagt worden war.“ Torben Franz (Die Linke) bezeichnete es als „sehr fragwürdig, wenn private Unternehmen aus der Lagerung von Atommüll Profite ziehen“ und forderte eine staatliche Kontrolle.

Nach Ansicht von Katja Keul (Grüne) werden die Gesundheitsinteressen der Bevölkerung „in gravierender Weise nicht respektiert“. Es werde bei Atommüll nie eine totale Sicherheit geben, stellte Keul klar. Dennoch: „In Leese ist es erst einmal am wichtigsten, die schadhaften Fässer zu sichern.“ Marja-Liisa Völlers (SPD) bot der Bürgerinitiative Strahlenschutz einen Orts- und Gesprächstermin an.

Grigoris Aggelidis (FDP) will im Hinblick auf das Leeser Lager den Rechtsstaat in die Pflicht nehmen: „Wir müssen



sen uns überlegen, wie es in einem Rechtsstaat sein kann, dass über Jahrzehnte gegen Regeln verstoßen wird. Ich wünsche mir eine klar funktionierende Überwachung, denn da haben die Menschen ein Recht drauf.“

Ein weiteres Thema, dass die Bürger beschäftigt, ist Fracking. Von den anwesenden Parteivertretern sprach sich keiner für diese Methode der Gas- und Ölförderung aus Gesteinsschichten aus. Völlers bemängelte, dass man nicht abschätzen könne, welche Umweltschäden durch Fracking entstünden. Aggelidis will kein Risiko eingehen, so lange nicht bewiesen ist, dass es keine Schäden für Mensch und Natur gibt. Auch Die Linke ist gegen Fracking: „Der Profit, den wir da rausholen, steht in keinem Verhältnis zu dem Ausmaß, in dem wir den Boden ruinieren“, brachte Franz seine Kritik auf den Punkt. Broschei sieht eine Gefahr in der Kontaminierung des Grundwassers.

Keul wies darauf hin, dass die Grünen nicht nur gegen Fracking seien, sondern dass ihre Fraktion im Bundestag vor diesem Hintergrund sogar einen Gesetzentwurf zur Änderung des Bergrechts eingeführt habe. Der hatte allerdings keine Mehrheit gefunden. Ein Bürger wollte wissen, ob



Grigoris Aggelidis, Torben Franz, Martina Broschei, Katja Keul und Marja-Liisa Völlers (von links).

FOTO: GARMS

die Politiker sich zu umweltpolitischen Themen denn auch lokal einbringen werden. Er habe den Eindruck, dass die Grünen, sobald sie in der Regierung seien, im Hinblick auf ihre Ziele „einbrechen“ und sie nicht weiter verfolgen. „Warum sollten wir heimlich doch Fracking zulassen?“, fragte Keul zurück. „Um schöne fette Posten zu bekommen“, rief ein Gast dazwischen. Keuls Kommentar: „Das finde ich abwegig. Ich frage mich, was Sie glauben, was uns antreibt, Politik zu machen.“

Auch das Thema E-Mobilität kam zur Sprache. Laut Völlers bekennt die SPD sich zur E-Mobilität. Die von SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz geforderte Quote für E-Autos sieht Völlers allerdings skeptisch: „Eine Quote kann

funktionieren, muss aber nicht.“ Eine Alternative zur E-Mobilität werde es nicht geben. Dafür müsse aber ein Gesamtpaket geschnürt werden, bei dem die Reichweiten und die Preise von E-Autos stimmen und die Ladeinfrastruktur gut ausgebaut sei. Bei der deutschen Autoindustrie gebe es auf jeden Fall noch „viel Luft nach oben“.

Nach Keuls Einschätzung hat die Autoindustrie bisher gemauert, weil die Gewinne bei konventionellen Autos höher seien. „Deswegen braucht man eine Verpflichtung aus der Politik, denn Selbstverpflichtungen funktionieren nicht“, ist Keul sich sicher. Aggelidis sieht das vor dem Hintergrund des Diesel-Skandals ähnlich: „Es ist kein technisches Problem, sondern ein Gewinn-Maximierungs-

problem. Da muss der Gesetzgeber dazwischenhauen.“ Der Liberale sieht allerdings auch ein Problem bei der E-Mobilität: „Wenn wir jetzt alle morgen E-Autos kaufen, wo soll denn der Strom herkommen?“

Broschei kritisierte, dass das Thema E-Mobilität der aktuellen Regierung einfach egal gewesen sei. In der Zukunft müsse auch auf Carsharing-Projekte gesetzt werden, wobei das autonome Fahren ein wichtiger Aspekt sei. Franz betonte, er habe keine Skrupel, wenn wegen des Diesel-Skandals ein Unternehmen schließen müsste. „Dann wird ein Kredit für die Belegschaft ausgestellt, die dann in einem neuen Unternehmen für die E-Mobilität produziert. Belegschaftszeitquartum ist eine schöne Idee.“

Ein Vorfall, den Moderator Domke aus aktuellem Anlass gleich zu Beginn der Podiumsdiskussion ansprach, war der Wechsel von Elke Twisten von den Grünen zur CDU, wodurch sie die rot-grüne Regierung in Niedersachsen zu Fall gebracht hat. Keul nannte Twistens Entscheidung „skandalös“: „Es gibt nichts zu beschönigen, da es nur rein persönliche Motive waren und keine inhaltlichen Diskrepanzen.“ Völlers befürchtet negative Auswirkungen auf das Ansehen von Politikern. „Was Frau Twisten gemacht hat, hat bestätigt, was viele Menschen leider von Politikern denken: Dass sie nicht inhaltlich arbeiten, sondern nur ihren eigenen persönlichen Vorteil sehen. Das aber trifft auf viele Politiker nicht zu.“